presse

Bundesregierung muss die Versorgung Schmerzkranker verbessern

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Versorgungslage chronisch schmerzkranker Menschen“ erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas:

Chronischer Schmerz ist und bleibt ein primäres Volksleiden. Die Versorgung der Schmerzkranken muss ein zentrales politisches Anliegen der nächsten Bundesregierung werden. Alle Patientinnen und Patienten müssen Zugang zu einer Schmerzversorgung nach ihren Bedürfnissen und Leiden bekommen. Dazu reicht es nicht, halbherzig an den Versorgungsstrukturen herumzuwerkeln wie die aktuelle Bundesregierung. Wir brauchen klare Ziele und eine gesundheitspoltische Strategie.

Die Antwort der Bundesregierung zeigt gute Versorgungsansätze auf, es werden aber auch die Defizite deutlich: Die Versorgungsstrukturen sind für die Bürgerinnen und Bürger häufig intransparent und schwer zugänglich. Beim Vertragsrecht und der Qualitätssicherung gibt es nur eine diffuse, kaum gesteuerte Weiterentwicklung. Die Ausbildung der verschiedenen Heilberufe ist hinsichtlich der Schmerzbehandlung sehr heterogen. Die Inhalte werden mal vom Bund, mal von den Ländern vorgegeben. Auch in der ambulanten Bedarfsplanung und Honorierung muss geprüft werden, wie der schmerztherapeutische Behandlungsbedarf abgebildet werden kann. Die Teilnahme an und der Erfolg von Rehabilitationsmaßnahmen hängt nicht ganz unwesentlich vom Kostenträger ab. Zudem muss die Versorgungsforschung auf Basis der gesammelten Versorgungsdaten ausgebaut werden. Das Leiden der Menschen ist zu groß. Ihre Versorgung darf nicht dem Zufall überlassen werden.

Klar ist auch: Die Versorgung von chronisch und akut schmerzkranken Menschen wird aufwändig bleiben. Die Betroffenen werden weiter auf eine leistungsfähige und solidarische Sozialversicherung angewiesen sein. Denn für ihre Behandlung müssen wir nachhaltig finanzierte und breit aufgestellte Versorgungsstrukturen vorhalten.

Dazu braucht Deutschland eine solidarische Bürgerversicherung. Vor allem

braucht es einen Gesundheitsminister, der eine effiziente und wirksame Gesundheitsversorgung für Millionen von Patienten sicher stellt. Für die chronisch Schmerzkranken gab es in vier Jahren keinen nennenswerten Impuls. Es wird Zeit, dass sich daran etwas ändert.

Je nach Schätzungen leiden bis zu 13 Millionen Deutsche an chronischen Schmerzen. Ihre Versorgung ist aufwändig und wie ein Flickenteppich über die gesamte Versorgungslandschaft verstreut. Obwohl Schmerzkranke bis zu 44 Mal im Jahr zu Ärzten gehen, können sie nicht sicher sein, dass sie auch eine passende Behandlung bekommen. Dabei gibt es vielversprechende Versorgungsmodelle und Leuchtturmprojekte auf allen Gebieten. Nur in der Fläche kommt zu wenig an.

Schmerzkranke sind besonders darauf angewiesen sektorübergreifend, interdisziplinär und trägerübergreifend behandelt zu werden. Dadurch werden die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems offenbar: Wo ein Patient, von wem behandelt wird und wer die Kosten trägt, ist immer noch wichtiger als die Frage, wie einem Menschen am besten geholfen wird. Nicht nur in der Versorgung Schmerzkranker müssen die zahlreichen Hürden zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, zwischen Prävention, Kuration und Rehabilitation und zwischen Krankenkassen, Pflegekassen, Rentenversicherungsträgern und Unfallversicherung abgebaut werden. Patientinnen und Patienten müssen dort behandelt werden, wo ihnen am besten geholfen werden kann.